

Richtlinien für die Förderung des behindertengerechten Umbaus von selbstgenutztem Wohneigentum

1. Allgemeine Grundsätze

Die angemessene Wohnraumversorgung von Menschen mit Behinderungen gehört zu den vordringlichen Aufgaben. Die Wohnungen sollen baulich so gestaltet sein, dass behinderte Menschen darin einen eigenen Haushalt führen sowie selbstständig und unabhängig leben können. Weiterhin sollen die Wohngebäude und die Wohnungen barrierefrei erreichbar sein. Für diese Zwecke stellt das Land Kostenzuschüsse bereit.

2. Förderungsfähige Maßnahmen

Förderungsfähig sind bauliche Maßnahmen, Einrichtungen und Ausstattungen an und in bestehenden selbstgenutzten Wohnungen und auf dem Wohnungsgrundstück (näheres Wohnungsumfeld). Es werden vorrangig bauliche Maßnahmen gefördert, die den Anforderungen der Normen DIN 18024 Teil 1 und DIN 18025 Teil 1 oder 2 entsprechen. Dies sind insbesondere folgende Maßnahmen:

- Verbesserung der Freiflächen, Plätze, Wege und PKW-Stellplätze auf dem Grundstück
- Verbesserung der Zugänge zu den Nebenräumen außerhalb der Wohnung
- Verbesserung der Bewegungsfreiheit
- Verbesserung von Toilettenräumen und Bädern
- Beseitigung von Stufen und Schwellen
- Errichtung von Rampen
- Gestaltung der Treppen
- Einbau von geeigneten Aufzügen (z.B. Treppenschrägaufzug), Küchen, Toilettenräumen und Bädern
- Kontrastreiche Gestaltung von Bewegungsflächen innerhalb und außerhalb der Gebäude
- Umbau von Einrichtungen zwecks Beseitigung von Verletzungsgefahr für blinde und sehbehinderte Menschen (z.B. halbhoch angebrachte Sicherungskästen im Treppenhaus, niedrige Türen)

Es werden nur Bauvorhaben gefördert, deren Finanzierung dauerhaft gesichert ist.

Als selbstgenutzt gelten Wohnungen, wenn sie vom Eigentümer, einem Angehörigen in gerader Linie oder bis zum dritten Grad in der Seitenlinie genutzt werden.

3. Nicht förderfähige Maßnahmen

Nicht förderfähig sind die Erweiterung bestehender Wohngebäude sowie Umbaukosten in Verbindung mit dem Erwerb von Wohngebäuden.

4. Art und Umfang der Förderung

Für die förderungsfähigen Maßnahmen nach Nr. 2 wird für die vom Eigentümer oder Angehörigen genutzte Wohnung ein Kostenzuschuss bis zu 50 v. H. gewährt.

Förderungsfähig sind Kosten bis zu 25.000 € je Wohneinheit. Maßnahmekosten unter 1.000 € werden nicht gefördert.

5. Baubeginn

Es werden nur Baumaßnahmen gefördert, mit deren Bau vor Bewilligung des Kostenzuschusses noch nicht begonnen wurde.

6. Verfahren, Entgelt

6.1 Der Kostenzuschuss für die Beseitigung baulicher Hindernisse ist über die Wohnungsbauförderungsstelle bei dem örtlich zuständigen Kreisausschuss des Landkreises bzw. bei dem Magistrat der kreisfreien Stadt oder bei dem Magistrat der Stadt mit mehr als 50.000 Einwohnern zu beantragen. Antragsberechtigt sind die Verfügungsberechtigten des Gebäudes an dem oder in dem die Maßnahmen durchgeführt werden.

Der Magistrat/Kreisausschuss hat die Anträge unverzüglich zu prüfen. Stehen Förderungsmittel zur Verfügung und ergibt die Prüfung, dass die Antragsvoraussetzungen vorliegen, leitet er den Antrag an die Bewilligungsstelle (Nr. 6.3) weiter. Die Förderungsmittel nach diesen Richtlinien werden vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung bereitgestellt.

Förderungsfähige Anträge, die mangels Mittel nicht gefördert werden können, sind vom Magistrat/Kreisausschuss an die Antragsteller zurückzugeben.

6.2 Anträge, die die Förderungsvoraussetzungen nicht erfüllen, sind mit rechtsbehelfsfähigem Bescheid abzulehnen. Der Bescheid ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

6.3 Bewilligungsstelle ist die Landestreuhandstelle Hessen-Bank für Infrastruktur (LTH-Bank für Infrastruktur).

6.4 Die Bewilligungsstelle ist berechtigt, ein einmaliges Bearbeitungsentgelt von 1 v. H. des Gesamtbetrages des beantragten Kostenzuschusses, mindestens jedoch 25 €, zu erheben.

6.5 Der Kostenzuschuss wird in der Regel in einer Summe nach Abschluss der Maßnahmen und Vorlage der Schlussabrechnung ausgezahlt.

7. Kumulationsverbot

Für Maßnahmen, die nach diesen Richtlinien gefördert werden, dürfen in der Regel keine weiteren Förderungsmittel aus öffentlichen Haushalten in Anspruch genommen werden. Stehen Förderungsmittel aus anderen öffentlichen Haushalten zur Verfügung, wird der Kostenzuschuss entsprechend gekürzt.

8. Kein Rechtsanspruch

Ein Rechtsanspruch auf Bewilligung von Mitteln nach diesen Richtlinien besteht nicht.

9. Prüfung

Die Bewilligungsstelle und der Hessische Rechnungshof sind berechtigt, die Verwendung der bewilligten Mittel durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen sowie durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Antragsteller hat auf Verlangen Auskunft zu erteilen, Einsicht zu gewähren und die Unterlagen vorzulegen.

10. Subventionserhebliche Angaben

Die für die Festsetzung und Belassung der Zuwendung maßgeblichen Angaben im Antrag sowie im Verwendungsnachweis und die zusätzlich einzureichenden Unterlagen sind subventionserheblich i.S. des § 264 des Strafgesetzbuches i.V.m. dem Hessischen Subventionsgesetz vom 18. Mai 1977 (GVBl. I S. 199) und des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S.2037). Subventionserhebliche Tatsachen, die sich im Laufe der Abwicklung des Vorhabens ändern, sind der Bewilligungsstelle mitzuteilen.

11. Anwendung der VV-LHO

So weit in diesen Richtlinien nichts anderes bestimmt ist, gelten die Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) zu § 44 LHO in der jeweils geltenden Fassung.

12. Ausnahmen

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung kann Ausnahmen von diesen Richtlinien zulassen.

13. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die Richtlinien ergehen im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen. Sie werden im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht.

Hessisches Ministerium
für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung

Wiesbaden, den 31. Januar 2008

Im Auftrag

gez. Leimbert